

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

22 - 1373

Eisenstadt, am 30. März 2023

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend mehr Personal für die Schuldenberatung des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend mehr Personal für die Schuldenberatung des Landes

Die Auswirkungen der massiven Teuerungswelle werden immer stärker auch im privaten Bereich spürbar. Bereits im Jahr 2022 sind insgesamt 138 Burgenländer in finanzielle Not geraten und haben Privatinsolvenz angemeldet, um rund neun Prozent mehr als im Jahr 2021. Mit einer Pro Kopf-Verschuldung von 183.000 Euro hat das Burgenland sogar den höchsten Wert aller Bundesländer inne.

Der Höhepunkt an Privatinsolvenzen dürfte aber laut Kreditschutzverband von 1870 (KSV1870) österreichweit noch nicht erreicht sein. Es besteht die große Befürchtung, dass es im Jahr 2023 noch weit mehr Fälle – auch im Burgenland – geben wird. Die von der Bundesregierung mitverschuldete Energiekrise hat mittlerweile zu einem „Förder-Wirrwarr“ von Bund und Ländern geführt. Allein die Inflation verbleibt weiterhin auf einem extrem hohen Niveau und wird für Februar 2023 mit rund 11 Prozent geschätzt.

Es ist besorgniserregend, dass in dieser Situation der Teuerungswelle immer mehr Menschen Kredite aufnehmen, ihr Konto überziehen und somit in die Schuldenfalle tappen. Durch das überhandnehmende bargeldlose Zahlen verlieren viele schnell den Überblick über ihre Finanzen. Förderungen und finanzielle Unterstützungen der öffentlichen Hand verschieben die Überschuldung meist nur nach hinten.

Aus diesen und anderen Gründen wurde im Burgenland vor rund 25 Jahren die Schuldenberatung eingeführt und damit eine langjährige Forderung der FPÖ umgesetzt. Die nunmehr genannte „Servicestelle für Schuldnerinnen und Schuldner“ ist eine kostenlose Serviceeinrichtung für Bürger, die in finanzielle Bedrängnis geraten sind und vielfältige Möglichkeiten der Hilfestellung ausarbeiten.

Laut Homepage des Landes Burgenland sind in der Servicestelle Nord und der Außenstelle Süd derzeit insgesamt sieben Mitarbeiter beschäftigt – ohne Angabe in welchem Ausmaß. Angesichts der hunderten Neuaufnahmen durch die Alleinregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode erscheint diese Anzahl für einen so wichtigen Bereich zu gering. Denn hier geht es um Menschen, die vor der Verarmung stehen und in weiterer Folge oft soziale Tragödien nach sich ziehen.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil schreckt mit der Finanzierung von unzähligen Projekten nicht vor einer Rekordverschuldung des Landes zurück. Im Bereich der Schuldenberatung wird hingegen anscheinend Geld gespart. Eine deutliche Aufstockung, im besten Fall Verdoppelung, des Personals wäre jedoch ein wertvoller Beitrag für die Schuldenprävention im Burgenland und würde die derzeitigen Mitarbeiter entlasten. Bevor es für die vor der Insolvenz stehenden Burgenländer zu spät ist, sollte daher rasch gehandelt werden und den beiden Servicestellen mehr Personal zur Verfügung gestellt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, wird aufgefordert, angesichts der Teuerungswelle und der dadurch gestiegenen Anzahl an Privatinsolvenzen im Burgenland die beiden „Servicestellen für Schuldnerinnen und Schuldner“ personell rasch aufzustocken, im besten Fall das Personal zu verdoppeln.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.